

Chemnitzer Anzeiger

und Stadtbote.

Unparteiisches Tageblatt

für Chemnitz und die Vororte: Alchemnitz, Altendorf, Bernsdorf, Borna, Furth, Gablenz, Glösa, Helbersdorf, Silberdorf, Kappel, Neustadt, Schönan;

Abonnementbestellungen, vierteljährlich 125 Pf. (Zutr. 40 Pf.), monatlich 42 Pf. (Zutr. 15 Pf.), nehmen an die Verlags-Expedition u. Ausgabestellen in Chemnitz u. obigen Vororten. Außerhalb dieser Orte kann der Anzeiger nur b. d. Postanstalten — Postzettel-Nr. 7. Nachtrag Nr. 1059 — (vierteljährlich 150 Pf.) bestellt werden.

Verlags-Expedition: Alexander Wiede, Buchdruckerei, Chemnitz, Theaterstraße 48 (ehemaliges Bezirksgericht, gegenüber dem Kasino).

Im Handelsregister für den Stadtbezirk des unterzeichneten Kgl. Amtsgerichts wurde heute auf Folium 419 verzeichnet, daß der Kaufmann Herr Bernhard Clemens Klemm in Leipzig aus der Firma C. A. Klemm in Chemnitz als Mitinhaber ausgeschieden ist.

Chemnitz, den 8. April 1884.

Königliches Amtsgericht, Abth. B.
No. 17.

dem Nachlasse ihres verstorbenen Sohnes Friedrich Hugo Klenz zur Fortführung übernommen hat.

Chemnitz, am 8. April 1884.

Königliches Amtsgericht, Abtheilung B.
No. 17.

Konkursverfahren.

Ueber das Vermögen des Pfälzener Carl Eduard Röder in Barchau, Inhabers der Firma C. E. Röder daselbst, wird heute am 8. April 1884, Nachmittags 4 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Rechtsanwält Hamner in Chemnitz wird zum Konkurs-Verwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 10. Mai 1884 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird zur Beschlussfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubiger-Ausschusses und eintretenden Falls über die in § 120 der Konkurs-Ordnung bezeichneten Gegenstände auf den 28. April 1884, Vormittags 10 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf den 5. Juni 1884, Vormittags 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu veräußern oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Handlungen, für welche sie aus der Sache abgetretene Verbindungen in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 12. Mai 1884 Anzeige zu machen.

Königliches Amtsgericht zu Chemnitz.
No. 17. Beglaubigt: M. Pösch, Gericht.

Tageschronik.

11. April.

- 1718. Utrechter Friede.
- 1764. Russisch-preussische Kriegen.
- 1779. Josef Justini (Botaniker) gef.
- 1806. Anstalt für Blinden in Chemnitz.
- 1814. Napoleons Einzug in Fontenoy.
- 1825. Ferdinand Lassalle gef.
- 1868. Louis (Astronom) gef.

12. April.

- 1904. Eroberung Konstantinopels durch Venetianer, Franken und Deutsche.
- 1704. Hofset gef.
- 1817. Vereinigung der Universitäten Halle und Wittenberg.
- 1881. Russland regt in seinem Bistum an die Mächte Vorschläge wider politische Wechselverhältnisse an.

Telegramme des Chemnitzer Anzeigers.

Vom 9. April.

Wien. Die Beamten des Pesther-Telegraphen-Unternehmens Anton Kammerer nicht als jenen Conrad Wilens, welcher die von dem Eiserne Handmorde herrührenden Aktien verkaufte.

Paris. Ferry erklärte in der Kommission für Madagaskar, daß die Verhandlungen mit den Hovas von Neuem abgebrochen seien. Admiral Mot, welcher sich heute nach Marseille und Madagaskar einschiffte, hat infolge dessen Instruktionen erhalten, an der Westküste neue Punkte zu befehen, um die durch die Verträge begründeten Rechte Frankreichs sicher zu stellen. Der Marineminister wird beim Wiederzusammentritt der Kammer die erforderlichen Kredite nachsuchen.

London. „Daily News“ wollen wissen, die Regierung hätte dem General Gordon von Neuem die Abkündigung des Abkommens anempföhlen, alle Ordnung, Sicherheit und Verwaltung in Khartoum anzunehmen. Gordon habe diesen Rath aber abgelehnt und Vertrauen auf den Erfolg seiner Mission ausgesprochen.

London. Daring ist beauftragt, Kubar Pascha aufzufordern, sein Amt unter der Bedingung zu behalten, daß die Vollmachten Clifford Lloyd, des Unterstaatssekretärs des Innern, mehr beschränkt werden. Kubar wird den Vorschlag wahrscheinlich annehmen.

London. In einer Unterredung mit Lloyd und dem „Times“-Korrespondenten in Kairo legte Kubar Pascha entschieden, daß er etwas persönlich gegen Lloyd habe und deshalb um seine Demission eingekommen sei. Er erklärte auch, daß seiner Ansicht nach durch eine Zentralisation der Verwaltung in Kairo unter Leitung eines Engländers, alle Ordnung, Sicherheit und Verwaltung zerstört werde; sein Prinzip sei, daß die Engländer die Oberaufsicht führen, die Ägypter aber die Exekutive ausüben.

Peterburg. Die „Nowosti“ melden: Anlässlich einer Privat-Anlage hat der Senat die Frage erörtert: Ob die Juden auf Grund der jetzigen Judenordnung angehalten werden können, die Immobilien zu verkaufen, welche sie vor dem Erlasse der Judenordnung erworben, zumal wenn sie bei der Erwerbung von Immobilien Bauhandwerker waren, jetzt aber kein Handwerk betreiben. Der Senat habe sich dahin ausgesprochen, daß der betreffende Verkaufszwang unzulässig sei, auch wenn die Juden als Handwerker Immobilien erworben. Allerdings erklären die Juden, welche ihr Handwerk aufgegeben haben, sobald sie vom Handwerkleramt aus der Mitglieder-Liste gestrichen sind, das Recht, sich außerhalb des Bezirks ihrer selbständigen Anwesenheit anzuhalten, des Besitztums auf ihr Eigentum, welches sie in gesetzlicher Weise erworben, begeben sie sich indes dadurch nicht.

Kairo. Nachrichten aus Berber melden die Ankunft eines Boten daselbst, der Khartoum am 27. März verlassen hat und berichtet, daß die irregulären Truppen in Khartoum gemunter hätten und die Situation daselbst eine kritische sei. — Jemand welche offizielle Bestätigung dieser Nachricht liegt nicht vor.

Berlin, 10. April, Mittags. Der Kaiser ist gestern bis 11/10 Abends ausgeblieben und hatte eine gute Nacht. Sein Befinden ist heute recht befriedigend. Wie alljährlich nahm er während des heutigen Vormittags gemeinsam mit den hier anwesenden Mitgliedern der königlichen Familie das Abendmahl im Palais.

Die Feinde der französischen Republik.

Die Franzosen sind ein wunderbares Volk und ihre Wankmütigkeit ist ihr größter Fehler. Nachdem sich die Franzosen zum dritten Male einen republikanischen Staat gegründet haben und seit nahezu hundert Jahren mit den Monarchisten, Legitimisten und Orléanisten die schlimmsten Erfahrungen gemacht haben, gibt es doch immer und immer wieder eine große Anzahl von ihnen, die aus Egoismus oder leidenschaftlicher Thorheit, nach den Prätexten

hinterzögeln und gern einen neuen König oder Kaiser an Frankreichs Spitze stellen wollen. Daß dieses Projekt mindestens Revolution und Kontrevolution hervorrufen muß; und am Ende Frankreich noch schlechter dastünde als vorher, scheint jene unruhigen Geister gar nicht begreifen zu wollen.

So haben die in letzter Woche stattgefundenen Nachwahlen für die französische Deputiertenkammer bewiesen, daß die Orléanisten wirklich an Bindungen gewannen haben. Die monarchistische Majorität in Toulouse hat sogar offen die monarchistische Fahne geschwenkt und durch ein heftiges Rundschreiben alle Konserverativen zur nachdrücklichen Bekämpfung der Republik aufgefordert. Was die französische Regierung betrifft, so scheint ihr die Agitation weniger Sorge zu machen, als die Thatsache, daß die für die Republik im Laufe der letzten Jahre gewonnenen parlamentarischen Elemente von jener wieder abgezogen und in das Lager der Prinzen übergegangen sind. Man nennt hervorragende Mitglieder des linken Zentrums, welche sich offen als politische Freunde des Grafen von Paris, des Chefs der Orléanisten, bekennen und bei diesem, unbekümmert um die Demagnationen der republikanischen Blätter, an- und eingehen. Daß der Graf in dem gegenwärtigen Kampfe eine wichtige Rolle zu spielen sucht, hat kürzlich die Verweigerung der Zustellung eines Einladungscheines für die Tage nach dem 1. Mai, den die republikanischen Organe sofort sehr ernst nahmen. Da nun die Dinge sich immer verwickelter und gefährlicher gestalten, so scheint die französische Regierung zu dem Entschlusse gelangt zu sein, demnach gegen die orléanistische Agitation einen großen Triumph auszuspielen und zwar anlässlich der Gambettafest.

Die Ausweitung der Prinzen von Orléans soll eine republikanische Vorfeier für die Mitte dieses Monats angekündigt. Enthüllung des Gambetta-Denkmal in Cahors sein. Es soll eine republikanische Kundgebung großen Stils in Frankreich veranstaltet werden, die als nachdrücklicher Protest gegen den Royalismus zu gelten hätte. Gambetta galt den Franzosen jedoch als der große Staatsmann der Republik und wenn man, ihm zu Ehren, die Orléanisten wegen ihrer geheimen Pläne gegen die Republik aus dem Lande treibt, so findet dies schon Beifall bei den Volksmassen. Durch Vorgehen gegen die Orléanisten hofft das Cabinet Ferry aber auch einigermassen die radikalen Republikaner, die mit Argusaugen das Thun der Präsidenten beobachten und schon längst deren Verbindung betreiben, zu gewinnen und dadurch seine Position zu stärken. Freilich muß Ferry sehr vorsichtig bei dieser Aktion gegen die Orléanisten zu Werke gehen, denn Gewaltthaten sind in politischen Dingen den Franzosen sehr leicht zuwider. Es wird nötig sein, daß sich Ferry erst eines plausiblen Grundes versichert, um den Orléanisten den Stuhl vor die Thür zu setzen. Dann hätte er allerdings der französischen Republik einen großen Dienst erwiesen; daß von den Orléanisten und ihren Parteien heimlich Ränke gegen die Republik geschmiebelt werden, steht zweifellos fest, wenn man es ihnen auch nicht direkt beweisen kann.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich. Das Unwohlsein des Kaisers hält diesmal weit länger an, als es sonst bei den Erältungen des hohen Herrn der Fall zu sein pflegt. Der Kaiser war sogar einige Tage gänzlich, das Bett vollständig zu hüten und auch jetzt ist er noch auf das Zimmer beschränkt. Man giebt sich zwar der Hoffnung hin, daß er demnächst wieder seine gewohnten Ausfahrten wird unternehmen können, indeßen darf doch nicht verschwiegen werden, daß sich der greise Monarch durch die jetzige Krankheit, zumal er sich der strengsten Diät unterwerfen muß, überhaupt mehr als vor dem geschwächt fühlt. Unter diesen Umständen läßt sich noch nicht bestimmen, wann der Kaiser seine Reise nach Wiesbaden wird antreten können.

Das Osterfest steht wieder im Begriff, seinen Einzug zu halten, diesmal bereits geschmückt mit den Attributen, die es nicht nur als das große Triumpfpest der christlichen Kirche, sondern auch als den Droid des Frühlings erscheinen lassen. Denn umgeben von all den Reizen, welche der junge Frühling, zieht das Osterfest diesmal bei und wenn vielleicht auch dann und wann noch einmal kalte Schauer an die hinter uns liegende kalte Jahreszeit erinnern, so beweist doch das fröhliche Werden, das frische Grünen allüberall in der Natur, daß nunmehr die Herrschaft des Winters gebrochen ist und daß der Frühling bald zu seiner vollen Geltung gelangen wird. Vertrauen giebt in die Menschenbrust ein und dieses Vertrauen wird noch durch die allgemeine politische Weltlage erhöht. Denn erfreulicher Weise ist zu konstatieren, daß dieselbe nicht im großen Widerstreit mit dem friedlichen Charakter der Osterfeier steht, daß im Gegentheil der Weltfriede mehr als je gesichert erscheint und so können wir uns nach dieser Richtung hin der festen Hoffnung auf eine friedliche Osterfeier hingeben. Was aber unser „arcano“ anlangt, so werden sich hoffentlich die zum Theil ziemlich hochgehenden Interessen in dem vielfach beruhigenden Kampfe der öffentlichen Tagesinteressen unter der beschützenden Wirkung des Festes glätten und

hier ebenfalls eine von den Parteikämpfen ungetrübte Begehung des Osterfestes gestatten.

Der am Sonntag in Berlin im Reichstags-Palais stattgefundene Ministerrat dürfte sich lediglich mit der augenblicklich brennendsten Frage in unserer inneren Politik, der „Wismarckfrage“, beschäftigt haben. Fürst Bismarck selbst präsidirte der Sitzung, welche fast zwei Stunden dauerte und der sämtliche Staatsminister, mit Ausnahme des Staatssekretärs im auswärtigen Amte, Grafen Hatzfeld, beiwohnten. Ueber das Resultat der Beratung ist natürlich noch nichts bekannt; jedenfalls hängt aber von ihr — abgesehen von der Entscheidung des Kaisers — der Ausgang der ganzen Krise ab und nach dem jüngsten hochhoffnungsvollen Artikel der „Nordd. Allg. Zig.“ vom 7. April zu urtheilen, scheint der Rücktritt des Fürsten Bismarck von den preussischen Regierungsgeschäften allerdings beschlossene Thatsache zu sein.

Die Stadt Lübeck wird, wie gestern bereits telegraphisch gemeldet, ihrem heimgegangenen großen Sohne, Emanuel Weibel, eine würdige Todtenfeier veranstalten. Das an diesem Ostermontag stattfindende Begräbniß des Dahingegangenen soll mit einer öffentlichen Feier begangen werden, welche Sonnabend Vormittags 9 Uhr in der Marienkirche stattfindet. Vereine und Korporationen sind zur Theilnahme aufgefordert worden und hielt der Bürgerausschuß am Montag eine besondere Sitzung in dieser Angelegenheit ab.

Oesterreich-Ungarn. Das öffentliche Interesse im Donau-Kaiserreiche wird fast gänzlich durch den merkwürdigen Konflikt beherrscht, der zwischen beiden Reichshälften in Sachen des Preßburger Viehmarktes ausgebrochen ist. Die ungarische Regierung theilt vollkommen den Standpunkt der Preßburger Interessenten, welche in der Errichtung eines Viehmarktes in dem unweit der ungarischen Grenze gelegenen Orte Marchegg und in dem Erlaß des Statthalters von Niederösterreich, welcher die Vieheinfuhr von Ungarn nach Oesterreich und speziell Wien erschwert, eine bedenkliche Verletzung des Preßburger Viehmarktes erblickt. In der ungarischen Regierungspresse und in den unabhängigen Pesther Blättern macht sich eine sehr gereizte Stimmung gegen die Wiener Regierung geltend und die Pesther Regierungskommissäre, welche in der Preßburger Viehmarktfrage nach Wien geschickt worden sind, fordern entschieden die Annahme des betreffenden Erlasses. Bis jetzt scheint es aber nicht, als ob man an maßgebender Stelle in Wien geneigt sei, dem Verlangen der heißblütigen Magyarer zu willfahren.

Frankreich. Die innere Lage Frankreichs prädestinirt gerade nicht zu einem fröhlichen Osterfeste. Abgesehen davon, daß das Parlament, wie wir schon gestern mittheilten, wegen der zwischen ihm und dem Senate bestehenden Differenzen, hinsichtlich des Gesetzesentwurfs über die Aenderung im Pariser Gemeinderath-Wahlmodus, unter nicht gerade günstigen Einbrüden in die Osterferien geht, dauert der Arbeiterstreik im Norden des Landes in seinem ganzen Umfange noch fort und die Erregungen werden durch zahlreiche Agitatoren zu einer hochgradigen Erregung gegen die Regierung wie gegen die bestehenden Klassen aufgehetzt, so daß es vielleicht nur eines kleinen Anstoßes bedarf, um wilde, blutige Szenen an den Hauptorten des Streites herbeizuführen.

England. Auch in England wird man keine auszuheffnungs-vollen Osterbetrachtungen anstellen. Die jüdische Frage erscheint trotz der englischen Siege im Ostkan weniger als je gelöst und was auch das Cabinet Gladstone versucht, die jüdische Frage abzuschütteln, — „er hängt und bleibt ihm hinten“. An das Schicksal Gordons in Khartoum knüpft sich augenblicklich das ganze Interesse an den Angelegenheiten im Sudan und je schwächer die Unterstützung wird, daß sich Gordon je aus eigener Kraft aus der Umklammerung des Rebellenheeres wird befreien können, desto unbegreiflicher erscheint die Haltung der englischen Regierung, welche nicht das Geringste zur Rettung des tapferen Kondottiere thun will. Schon aber schwärmen die Scharen des Khabi weit nördlich von Khartoum umher, ja, selbst Berber und Dongola sollen von ihnen bereits bedroht, wenn nicht eingeschlossen sein und hiermit wäre Gordon der Rückzug nach Norden abgeschnitten. Welchen Rückschlag jedoch die Gefangenahme des englischen Generals in England zur Folge haben würde, darüber dürfte man sich selbst nicht im Ministerium Gladstone täuschen. — Die Königin Viktoria und Prinzess Beatrice gedenken nunmehr ihre durch den Tod des Herzogs von Albany verzögerte Reise nach Darmstadt am 14. April anzutreten.

Das Unterhaus hat sich am Dienstag bis zum 21. April vertagt. — Die Königin Viktoria gedenkt nicht am 14., sondern am 15. April die Reise nach Darmstadt anzutreten.

Italien. Noch kurz vor den Osterferien hat der italienische Ministerpräsident Depretis durch die Wahl des Regierungskandidaten Biancheri zum Präsidenten der Deputiertenkammer einen namhaften parlamentarischen Erfolg errungen. Man kann hieraus wohl mit Recht schließen, daß die Mehrzahl, welche für Biancheri stimmte, auch ferner auf Seiten des neokonstruirten Kabinetts stehen und hiermit